

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorstehen einzufenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Sonntag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Alken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 40. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 3. Oktober 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Verbandstag 1908.

III.

Die Dienstag-Sitzung beginnt mit der Beratung über

Reform des Beitrags- und Unterstufungswezens.

Neuf-Aachen berichtet über das Resultat der Kommissionsberatung: Wir haben gestern abend bis 1 1/2 Uhr getagt. Es war nicht leicht, aber die einzelnen Punkte der vorgeschlagenen Reformen eine Einigung zu erzielen. Die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken und Landes-teilen sind grundverschieden und Wunsch der Bezirksvertreter war es natürlich, die Reformen den Verhältnissen ihres Landes bzw. Bezirkes anzupassen. Wollte Einmütigkeit herrsche jedoch inbezug auf die

Beitrags- und Unterstufung. Wir waren alle der Meinung, daß eine Stärkung unserer Verbände unbedingt notwendig sei, wenn unsere Interessen in der Zukunft so vertreten werden sollen, als es wünschenswert ist. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, kann nur durch eine finanziell getätigte Organisation durchgeführt werden. — Bezüglich der

Streikunterstützung sind wir darin überein gekommen, die Vorlage des Zentralverbandes anzunehmen mit der Veränderung, in der zweiten Beitragsklasse den Satz von 7,50 Mark auf 8.— Mark zu erhöhen. Noch weiter die Unterstufungssätze zu erhöhen, hielten wir für nicht tunlich. Wir haben in der Regel bei Arbeitskämpfen mit Aussparungen zu rechnen und hohen Beitragssätzen. Da würde bei einer höheren Unterstufung die Klasse doch zu sehr belastet werden. Immerhin sind unsere Sätze noch höher als die des „deutschen“ Verbandes. — Hinsichtlich der

Maßregelungsunterstützung bitten wir, die Vor schläge des Zentralverbandes anzunehmen. Sie empfehlen eine nicht unwesentliche Erhöhung dieser Unterstufung. — Ebenso empfehlen wir Annahme der Vorlage des Zentralverbandes inbezug auf Reiseunterstützung. — Bei der

Krankenunterstützung gingen die Meinungen weit auseinander. Einige meinen, es würde zuviel abgezogen, andere dagegen waren der Ansicht, die Sätze müssen erhöht und die Krankenzahl gemindert werden. Nach langem Überlegen sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Vorlage des Zentralverbandes das Richtige trifft und empfehlen wir deshalb Annahme derselben. Die Unterstufungssätze sind durchweg die gleichen geblieben. Wir müssen nämlich bei Bewertung der Sätze nicht den früheren, sondern den erhöhten Beitrag zu Grunde legen. Aus diesem Grunde kann von einer Reduzierung der Krankenunterstützung keine Rede sein.

Die Arbeitslosenunterstützung empfehlen wir so anzusetzen, wie sie uns vom Zentralverband vorgelegt ist. Sollte eine Veränderung in den Sätzen vorgenommen werden, dann ist die ganze Vorlage hinfällig. Es soll dann nur völlige Arbeitslosigkeit, nicht auch Arbeitsbeschränkung zur Anrechnung kommen. Wir haben nach gründlicher Beratung die Überzeugung gewonnen, daß in Fällen der Arbeitsbeschränkung unumgänglich Unterstützung gezahlt werden kann. Es heißt uns die dazu notwendige Kontrolle. Auch müßten die Sätze dann bedeutend gemindert werden, wenn unsere Klasse sich an der Arbeitslosenunterstützung nicht verhalten soll.

Ueber die Aussteuerbeihilfe sind wir uns nicht einig geworden. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder konnte ein wirksames Agitationsmittel in dieser Unterstufungsart nicht erblicken. Man hielt die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung, wenn auch mit geminderten Sätzen, für notwendiger. — Hinsichtlich der Sterbeunterstützung haben wir uns auf die Vorlage des Zentralverbandes geeinigt, die einen gerechten Ausgleich in den Sätzen der einzelnen Beitragsklassen vorsieht. Einige Kollegen hielten die Herabsetzung des Satzes in der ersten Beitragsklasse für nicht angebracht. Einige waren wir uns aber, als wir erfuhr, daß 60 Prozent der verstorbenen Mitglieder erst ein Jahr dem Verbande angehört.

Die Unfallunterstützung empfehlen wir nach Vorlage zur Annahme. Sie wird bedeutende Mehrausgaben nicht verursachen. Andererseits helfen wir den hart getroffenen Hinterbliebenen des verunglückten Mitgliedes über die schlimmste Not hinweg. Auch arbeiten wir mit dieser Unterstufungsart wirksam gegen den Abonnementunterstützungs-Unsinn.

Wir haben unsere Beschlüsse nach gründlicher Beratung gefaßt, das beweist schon die Tatsache, daß wir bis 1 1/2 Uhr getagt haben. Es werden auch hier im Plenum Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen. Es ist aber einfach ein Ding der Unmöglichkeit, den Verhältnissen sämtlicher Bezirke und Landes-teile nach Wunsch Rechnung zu tragen. Wir dürfen uns nicht davon leiten lassen, was unsere Mitglieder denken, sondern wir müssen uns als führende Kollegen zeigen, die den notwendigen Willen haben, das gesamte Verbandsgebiet und über die großen Gewerkschaftsaufgaben hinweg zu führen. Seien wir nicht pessimistisch. Die Mitglieder, die wir verlieren, kommen wieder. Wenn wir uns von dem großen Gemeinschafts-gedanken leiten lassen, dann werden wir auch in der wichtigen Frage der Beitrags- und Unterstufungsreform einig werden. (Beifall.)

Die Diskussion

wird eingeleitet vom Kollegen Schiffer: Die Vorlage des Zentralverbandes bildet einen in sich abgeschlossenen Reformplan. Es liegen eine Menge Anträge zu dieser Sache vor, aber es ist ein konsequent aufgebautes System notwendig, das, soweit es im Rahmen der Möglichkeit liegt, die verschiedensten Wünsche berücksichtigt. Allen Wünschen völlig gerecht zu werden, ist unmöglich. Die Vorlage ist das Produkt langer und vieler Beratungen des Zentralverbandes.

Die Beitragserhöhung ist zur Stärkung der Klasse unbedingt notwendig. Wenn unsere Finanzlage auch nicht gerade ungünstig genannt werden muß, dann darf sie doch auch nicht als nichtverbesserungsbedürftig bezeichnet werden. Wir stehen starken Unternehmervereinigungen gegenüber. Nur in wenigen Bezirken lassen sich die Arbeitgeberverbände zu Verhandlungen mit uns herbei. Wir werden die großen Kämpfe siegreich durchzuführen müssen, wenn wir unser Ziel erreichen und nicht auf Jahre zurückgeworfen sein wollen. Darum ist eine finanzielle Stärkung unseres Verbandes zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Zu erwägen ist auch noch, daß der „deutsche“ Verband auf seiner letzten Generalversammlung eine Bei-

trags- und Unterstufungssätze beschlossen hat. Bezüglich der Unterstufungen eine Regelung vorzunehmen, die alle Wünsche berücksichtigt, geht nicht. Die Ansichten über die Art und Höhe der Unterstufungen sind verschieden. Darum müssen sich die vernünftigen Kollegen auf einen Mittelweg einigen. Ein solcher ist die Vorlage des Zentralverbandes. — Da wäre zuerst die

Streikunterstützung. Logisch wäre es, wenn wir für 40 Pfg. das zahlen, was jetzt für 30 Pfg. gezahlt wird. Tatsächlich geht die Vorlage jedoch höher. Noch weiter in die Höhe gehen, geht nicht an. Es muß bei den Unterstufungen auch eine versicherungstechnische Berechnung zu Grunde gelegt werden. Das geht aber bei der Streikunterstützung nicht. Die Höhe der Ausgaben hierfür ist unsicher. Ueber die vorgeschlagenen Sätze dürfen wir auf keinen Fall hinausgehen. Es gibt ja Gegenden, wo die Höhe der Unterstufung und die des Arbeitsverdienstes stark differieren, aber wir haben auch Bezirke, wo Lohn- und Streikunterstützung fast die gleiche Summe betragen, ja die Streikunterstützung sogar noch höher ist als der Verdienst. Unsere Unterstufungssätze sind höher als die des „deutschen“ Verbandes. Wenn sie Veränderungen an der Vorlage vornehmen, dann fällt das ganze System zusammen. — Bezüglich der

Maßregelungsunterstützung sei folgendes gesagt: Wir hatten im Vorlande erhebliche Bedenken gegen die Höhe der Unterstufung. Wer wirklich gemäßigter ist, dem kommt eine gute Unterstufung seitens des Verbandes zu, aber wir wollen uns doch auch nicht beschließen, daß manche Mitglieder durch eigene Schuld gemäßigter werden. — Bei der

Kranken- und Sterbeunterstützung kann man versicherungstechnische Berechnungen machen. Die Summen für diese Unterstufungsarten können zu den regelrechten Ausgaben gezählt werden. Wir sind im Vorlande nach genauer Prüfung zu den Sätzen gelangt, die ihnen in unserer Vorlage empfohlen werden. Unsere Kranken- und Sterbeunterstützung ist bedeutend höher, als die Unterstufungssätze besonderer Hilfsklassen. (Redner gibt die Höhe einiger Kranken- und Sterbefälle an.) Wir haben 20% unserer Ausgaben für Krankenunterstützung verwenden müssen. Im christlichen Metallarbeiterverbande hatten 38% aller Kranken erst das erste Mitgliedjahr überschritten. Bei uns wird's nicht viel besser sein. Manche meinen, die Verbände hätten viele alte Mitglieder. Die Statistik des oben genannten Verbandes beweist die Unrichtigkeit dieser Meinung. Auch aus diesem Grunde darf die Kranken- und Sterbeunterstützung nicht höher sein, als wie vorgeschlagen wird vom Zentralverband.

Ueber die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung ist genug gesagt worden. Wir tragen uns im Zentralverbande zuerst mit dem Gedanken, eine Erwerbslosenunterstützung davon zu machen. Als wir aber die Sache mal gehörig durchdachten und an eine Festsetzung der Unterstufungssätze herangingen, sahen wir die Unüberwindlichkeit einer Erwerbslosenunterstützung ein. Wir müßten dann die Beiträge verdoppeln. Wir sind uns im Vorlande nach langen Beratungen auf die vorgeschlagenen Pläne einig geworden. — Die

Aussteuerbeihilfe ist bedacht worden. Aber es ist schon öfters über eine neue Sache geredet worden. Ob sie darum nicht gut ist, ist eine andere Frage. Ich bin der Überzeugung, daß wir doch noch einmal zu der Einführung dieser Unterstufungsart kommen werden, wenn sie auch dieses Mal abgelehnt wird. Daß so viele Frauen bei ihrer Verheiratung sich die Beiträge zur Invalidenversicherung zurückzahlen lassen, sollte uns ein Fingerzeig dafür sein, wie angebracht die Aussteuerbeihilfe ist. Einige meinen, die Unterstufungssätze müßten höher sein. Aber dann kostet sie uns zu viel Geld. Nach der Vorlage würde sie eine Ausgabe von etwa 24.000 Mk. jährlich verursachen. Die Unterstufung müßte sich vertieren durch vermehrte Beiträge der Arbeiterinnen. Die Klasse dürfte nicht auf besondere Weise belastet werden.

Die Wöchnerinnenunterstützung empfehlen wir fallen zu lassen. In Bezirken, wo die Arbeit verheirateter Frauen viel verbreitet ist, mag man an dieser Unterstufung ein großes Interesse haben. Aber wir haben auch traurige Erfahrungen machen müssen. Manche Frauen zieht die Unterstufung und führt dann dem Verbands den Rücken. Ich empfehle ihnen nochmals die Reformvorläge des Zentralverbandes.

J. Pech-Krefeld schlägt vor, zuerst über die Beitragserhöhung, dann über die Reform des Unterstufungswezens zu beraten und zu beschließen. — Der Vorschlag wird angenommen.

S. Krich-Nachen erklärt, daß die Stimmung im Nachen Bezirk für Beitragserhöhung sei. Fischer-Mülhausen: Die Kämpfe werden mit ein-tretender guter Konjunktur zahlreicher und hartnäckiger. Das wird besonders im Norden und Westen des Vaterlandes der Fall sein. Aber die weidenschaftlichen Kollegen kämpfen für die süddeutschen mit. Wenn erstere den Kampf um Anerkennung der Gewerkschaften — und solche Kämpfe sind härter als Lohnkämpfe — siegreich durchzuführen, dann haben auch wir dadurch gewonnen. Wenn wir die gute Konjunktur ausnützen wollen, dann müssen wir kräftig sein. Sonst verfliehet die Zeit, ohne daß für unsere Mitglieder besonders konnte geleistet werden. Die Mitglieder unseres Bezirkes haben sich für Beitragserhöhung erklärt. Wir werden allerdings einige verlieren, aber die wären jedenfalls auch so abgefallen.

Geht es um die Sache, so weiß ich auch, daß gekämpft werden muß. Aber ich befürchte, daß wir durch die Reduzierung der Streikunterstützung uns das Kämpfen erschweren werden. Ich habe Bedenken gegen die Erhöhung der Beiträge wegen der eintretenden Mitgliederflucht. Vielleicht sind die Mitglieder bei einem Befehlslasten der alten Unterstufungssätze und einer Erhöhung des Beitrages um 5 Pfg. die Woche zu halten.

Matth. Pech-Krefeld hält eine Erhöhung des Beitrages mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Krise für bedenklich. J. Pech-Krefeld: Die Kollegen setzen sich schwarz. Wir wollen den Beitrag nicht gleich, sondern erst vom 1. April an erhöhen. Dann zahlen heute schon mehrere Tausend Mitglieder den erhöhten Beitrag. Gerade im ersten Verbandsbezirk ist die Mitgliederzahl mit der Erhöhung des Beitrages gestiegen. Wir sind von 300 auf 800 Mitglieder gekommen. Es fallen auch viele Mitglieder ab, weil die Leistungspunkte nicht immer die notwendige Energie zeigen. Es wird gesagt, wir müßten die Klasse der Arbeiter haben. Ganz richtig, aber die Klasse der Arbeiter kann dem Verbands zum Verhängnis werden, wenn er keine finanziellen Mittel hat, um die Klassen zu befriedigen. Sehen wir nicht zu schwarz. Nur dem Mutigen gehört die Welt.

Hinter-Rheine: Es ist uns befreundlich, daß die Kollegen der älteren Bezirke einer Erhöhung des Beitrages Bedenken entgegen bringen. In unserem Bezirk zählt schon ein sehr großer Teil der Mitglieder den erhöhten Beitrag. Geben sie uns doch kein schlechtes Spiel. Huppertz-Sächtern ist gegen eine Erhöhung.

Lenjing-Bacholt: Ich hatte früher dieselben Bedenken, die Jentjes geäußert hat. Aber nachdem ich die Stimmung in den Bezirken kennen gelernt habe, bin ich ein Anhänger der Beitragserhöhung. Ich habe den Mitgliedern die gute Seite der Sache gezeigt. Die Mehrzahl ist heute für Erhöhung. Die Arbeiter gehen nur in eine leistungsfähige Gewerkschaft. Wir haben den Beitrag auf der vorletzten Generalversammlung erhöht. In den letzten Jahren sind die Ausgaben bedeutend gestiegen, nicht aber dementsprechend die Einnahmen.

Für eine Erhöhung des Beitrages plaidierten noch die Kollegen Geier-Augsb., Buchmann-Mülhausen, Hammacher-Barmen, Fahrenbrach-Niebesheim, Kammeler-Greiz, Müller-Schlesien, Formann-Goesfeld, Steinsch-Nachen, Krüppel-Blabach, Döhren-Hannover, Kammerer-Sächtern und die Kollegin Becht-Mülhausen.

Nachdem der Kollege Wieber seine Freude über die sachliche und lebhaft diskutierte Angelegenheit und auch seinerseits für eine Erhöhung des Beitrages spricht, wird die Abstimmung vorgenommen. Letztere ist eine namentliche. Es stimmen sämtliche stimmberechtigten Delegierte für Erhöhung des Beitrages, mit Ausnahme der Kollegen Dejauer-Deht, Siefer-Ummeln und Spierker-Otter-Jollenbed, die sich der Stimme enthalten.

Als Kollege Schiffer das Resultat der Abstimmung feststellt und konstatiert, daß keine Stimme gegen eine Beitragserhöhung sich ausgesprochen, erfolgte lebhaftes Bravo der ganzen Versammlung.

Es folgt die Beratung über die

Unterstützungsreformen.

Schiffer schlägt vor, zuerst eine Generaldebatte über die gesamte Reform zu eröffnen, über die Höhe der einzelnen Unterstufungssätze gesondert zu debattieren. Der Vorschlag wird angenommen.

Kammeler-Greiz: Ich bin für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In unserem Bezirk haben wir heute schon eine größere Anzahl arbeitsloser Mitglieder zu verzeichnen. Die jetzige Zeit ist günstig für die Einführung dieser Unterstufung. Wir müssen die Gelegenheit beim Schopfe fassen. Dagegen sind wir in unserem Bezirk gegen die Abschaffung der Wöchnerinnenunterstützung. Wenn die Beibehaltung der jetzigen Unterstufungssätze nicht möglich ist, dann schlage ich vor, einfach eine Haushaltsumme zu gewähren und zwar für alle Klassen dieselbe Höhe.

Dunkels-Wiersen: In Wiersen können wir uns für die Arbeitslosenunterstützung nicht erwärmen. Statt Arbeiterentlassungen vorzunehmen, geben die Unternehmer mehr zur Einschränkung der Arbeitszeit über. Da müßten wir gerechterweise auch den hiervon betroffenen Kollegen eine Unterstufung gewähren. — Dann aber: mehr Schutz den Auszubildenden. Im Interesse der Auszubildenden halte ich eine wesentliche Erhöhung der Maßregelungsunterstützung für dringend notwendig. Dann meine ich auch, daß eine Erhöhung der Streikunterstützungssätze nötig ist. Mit einer niedrigen Unterstufung erschweren wir unsere Kampfposition.

Cornelia Schleinich-Bacholt: Ich möchte die Annahme der Aussteuerbeihilfe empfehlen. Wir müssen mit unseren Unterstufungsleistungen mehr auf die Arbeiterinnen Rücksicht nehmen. Von der Arbeitslosen-, Sterbe- und Reiseunterstützung profitieren unsere weiblichen Mitglieder gar nicht. Seiten sie darum gerecht und stimmen sie für die Aussteuerbeihilfe. Das wird uns in der Agitation unter den Arbeiterinnen gute Dienste tun.

Fischer-Mülhausen: Wir müssen der staatlichen Arbeitslosenversicherung vorarbeiten und Achtung geben. Das kann dadurch geschehen, daß dieser Unterstufungsart in den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen eingeführt wird. Bisher haben einige Kommunen die Arbeitslosenunterstützung praktisch in Angriff genommen. Ich nenne Straßburg, wo den Gewerkschaften ein Zuschuß zu ihren Anlagen für Arbeitslosenunterstützung gegeben wird. Auch in Mülhausen im Elb. planen wir, für dieses System die Stadtverwaltung zu bestimmen. Wenn unser Antrag angenommen wird und unsere Generalversammlung lehnt die Arbeitslosenunterstützung ab, dann sind unsere Mitglieder denen des „deutschen“ Verbandes gegenüber im Nachteil. Auch wir im Elb. hatten öfters arbeitslose Mitglieder. Bei uns ist man für die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung. Die ist agitatorisch wirksamer als die Aussteuerbeihilfe. Wenn gesagt wird, daß viele Frauen nach Wegfall der Wöchnerinnenunterstützung dem Verbands den Rücken kehren, dann kann man das selbst behaupten von der Aussteuerbeihilfe. Auch hier wird uns die Kollegin nach Wegfall der Unterstufung in vielen Fällen abgehen. Bei uns wollen die ledigen Arbeiterinnen von der Aussteuerbeihilfe nicht viel wissen.

Gerhards-W. Blabach: Es geht doch schlecht an, die Beiträge zu erhöhen und gleichzeitig die Leistungen zu erniedrigen. Besonders ist am Krankengeld geschnitten worden. Das trifft besonders die älteren Mitglieder. Ich bin ein Freund der Arbeitslosenunterstützung, aber es fehlen uns die notwendigen rechnerischen Unterlagen. Wir machen mit der Annahme einen Sprung ins Dunkle. Entschieden bin ich gegen eine Aufrechnung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Aussteuerbeihilfe ist mir unsympathisch. Wir durchbrechen damit das Prinzip der Gleichberechtigung von Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen sie doch alle gleich behandeln. Auch hat sie n. W. nach wenig agitatorischen Wert. Wenn sie agitatorisch wirken soll, dann muß sie ein ganz anderes Gesicht bekommen. Ebenso berechtigt wie eine Aussteuerbeihilfe wäre eine Unterstufung für Kollegen, die zum Militär eintreten.

Schiffer-Düsseldorf: Wir dürfen doch die Unterstufungssätze nicht so hoch nehmen, daß dadurch die Beitragserhöhung ausgeglichen würde. Die Diskussion wird lehren, daß die Vorlage des Zentralverbandes den Wünschen der Mitglieder am besten entgegenkommt. Auch die Behauptung der Arbeitszeit als Arbeitslosigkeit anzurechnen, geht unmöglich. Das ist ein Problem, das die Zukunft lösen muß. Wollen wir die Tage aufrechnen, an denen die Arbeit ausgelegt werden muß, dann müssen wir auch weiter gehen und ebenso die Stunden anrechnen und die Arbeitsverminderung, die durch Verminderung der Zahl der zu bedienenden Maschinen verursacht wird. Alles ist das eine Arbeitsbeschränkung. Der Einwand, daß die Lohn-Erhöhung der Frauen mit der Er-

beitslosenunterstützung, ist gewiß gut gemeint, aber es entbehrt der versicherungstechnischen Grundzüge.

Gertrud Burg-Engelskirchen: 1906 hatten wir in Deutschland 849.000 Textilarbeiter, davon waren rund 447.000 Arbeiterinnen, also weit über die Hälfte. Heute ist die Zahl verhältnismäßig bedeutend höher. Wir haben aber im ganzen kaum 30.000 Textilarbeiterinnen in Deutschland organisiert. Gelingt es uns nicht, die große Mehrzahl der Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, dann ist es um unsere Bewegung schlimm bestellt. Wollen wir meine Arbeitskollegen aber gewinnen, dann müssen wir auch zu außerordentlichen Mitteln greifen, und ein solches ist die Aussteuerbeihilfe. Liebe Kollegen, nehmen sie dieselbe also an, es wird Ihnen zum Vorteil gereichen. Die Arbeitslosenunterstützung wird gerade für die Arbeiterinnen am allerwenigsten in Frage kommen. Deshalb gewährt uns als Ausgleich die Aussteuerbeihilfe. Herr-Greiz spricht sich für Einführung der Arbeitslosen- und gegen Abschaffung der Wöchnerinnenunterstützung aus.

Müller-Nachen: Ich bin gegen die Unterstufungs-einrichtungen. Wir haben in unserem Verbands im Unterstufungswezen schon soviel des Guten zu viel getan. Wir dürfen unsere Mitglieder nicht zu Massenmassen erziehen. Hauptzweck der Gewerkschaft muß die Befreiung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder sein. Nebenher bespricht die einzelnen vorgeschlagenen Unterstufungsarten und weist besonders darauf hin, daß die zur Krankenunterstützung erforderliche Legitimation in vielen Fällen sehr schlecht zu beschaffen sei. Dann wünscht Müller einige Ausflüge bezgl. Reglement der Reiseunterstützung.

Schiffer gibt die gewünschte Auskunft. Die Delegierten des Krefelder Bezirkes hatten einen Antrag eingebracht, der nur die Streik-, Maßregelungs-, Sterbe- und Krankenunterstützung besah, alle anderen Unterstufungsarten aber fallen lassen will. Die Streikunterstützung soll dann erhöht werden. — Gegen den Antrag wendet sich

Zeit-Vorrath: Die Verhältnisse sind nicht überall die gleichen, und der Krefelder Bezirk ist nicht der Verband. Wenn wir die Wöchnerinnenunterstützung fallen lassen, schädigen wir uns bedeutend. Vielleicht kann die Höhe des Krankengeldes für vier Wochen gewährt werden.

Pieler-Niede: Durch die Aussteuerbeihilfe erleichtern wir uns die Agitation unter den Arbeiterinnen. Den außergewöhnlichen Schwierigkeiten in der Organisation der Arbeiterinnen muß mit außerordentlichen Mitteln entgegengetrieben werden. Die Wöchnerinnenunterstützung zieht bei uns nicht; ebensowenig die Arbeitslosenunterstützung. Wenn letztere angenommen wird, dürfen wir nicht über die vom Zentralvorstande vorgeschlagenen Sätze hinausgehen.

Schiffer bespricht die Verhältnisse im Krefelder Bezirk in Bezug auf Arbeitslosigkeit und beweist an Zahlen, daß gerade die Krefelder Kollegen von der Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Gertrud Schwaib-M. Blabach: Es ist gesagt worden, die Aussteuerbeihilfe verstoße gegen das Prinzip der Gleichberechtigung. Die Gleichberechtigung der Arbeiterinnen mit den männlichen Mitgliedern hat mitunter eine ganz eigenartige Farbe. Ich weise nur darauf hin, daß die Generalversammlung nur sieben Arbeiterinnen als Delegierte aufweist. Ich bin für die Aussteuerbeihilfe, werde mich aber vom Gesamtinteresse leiten lassen und für Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung stimmen.

Christina Schmitz-Wiersen ist gegen die Aussteuerbeihilfe, weil sie wenig agitatorischen Wert habe. Die Ursachen der Fluktuation unter den Arbeiterinnen läge nicht an dem Mangel an Unterstufungseinrichtungen, sondern an der vielfach verbreiteten Agitationsweise. Unter den Arbeiterinnen müßte mehr die ideale Seite unserer Bewegung hervorgehoben werden. Die Annahme, daß Arbeiterinnen nicht gemäßigter werden, sei falsch. Rednerin beweist das an bestimmten Beispielen.

J. Pech-Krefeld: In der Diskussion ist eine Klärung gegeben worden. Das sollten wir nicht tun. Wir verfolgen alle ein Ziel. Wenn gesagt wird, daß die Arbeiterinnen nicht gleichberechtigt behandelt würden, dann kann ich mich nicht anschließen. Wir haben für die Kolleginnen getan was wir konnten. Leider haben wir bei diesen nicht immer die notwendige Unterstufung gefunden. Wenn sie wollen, lassen sie die Aussteuerbeihilfe fallen, der Verband spart dann jährlich etwa 25.000 Mark. Aber stimmen sie auch nicht für Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung. Es sind Fälle vorgekommen, wo Frauen, die diese Unterstufung bezogen hatten, dem Vertrauensmann das Mitgliedsbuch schimpfend vor die Nase warfen.

Mehrfach-Krefeld D. Schl.: Notwendig ist der in der Vorlage des Zentralverbandes vorgesehene Ausgleich in den Sätzen der Sterbeunterstützung. Auf die Aussteuerbeihilfe sind die Kolleginnen unseres Bezirkes nicht besonders gut zu sprechen. Wir erzielen mit solchen Unterstufungen unter unseren Arbeiterinnen den besten Geist. Wir sind für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, aber für fakultative.

Es sprechen noch für die Arbeitslosenunterstützung die Kolleginnen Heiböcker-Emsbetten, Herr-M. Blabach, Hilger-Solmar, Kiefer-Zell, Bollmann-Uberfeld und Alt-Sulda. Bedenken gegen die Einführung erhebt Kollege Stimmach-Schieffahn.

Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Vor der Abstimmung verliest Kollege Schiffer folgendes Begrüßungs-Telegramm des internationalen Sekretärs Quising-Enschede (Holland):

Aus Holland wünscht den Beratungen gegenwärtigen Erfolg der internationale Sekretär

T. S. Quising: Ich bin der Arbeitslosenunterstützung eine namentliche Ehre, wird angenommen. Es stimmen mit Ja 71, mit Nein 15 Delegierte. Vier Kollegen enthalten sich der Abstimmung. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist demnach mit großer Majorität beschlossen. Die Aussteuerbeihilfe wird gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der Antrag, die Wöchnerinnenunterstützung beizubehalten, wird angenommen. Der Antrag, Reise- und Krankengeld zu erhöhen, wird gegen 26 Stimmen angenommen. Angenommen wird die Streikunterstützung nach der Fassung des Kommissionsvorschlages. Die Maßregelungsunterstützung wird nach Vorlage des Zentralverbandes angenommen, ebenso die Kranken-, Umzugs- und Reiseunterstützung.

Damit ist die Arbeit des zweiten Verhandlungstages erledigt.

Lehter Tag.

Mit Rücksicht auf die noch immer sehr umfangreiche Tagesordnung beginnen die Beratungen morgens bereits um 8 Uhr.

Dann steht ein Antrag des Zentralvorstandes zur Beratung auf Änderung des § 9 der Satzungen, dahingehend: Jedes Mitglied hat das Recht, zu Beginn eines jeden Kalenderjahres (1. Jan., 1. April, 1. Juli und 1. Okt.) die ihm zuzurechnende Beitragsklasse frei zu wählen mit der Maßgabe, daß als niedrigste Beitragsklasse in Betracht kommt a) für alle jugendlichen Mitglieder unter 17 Jahren Klasse 1, b) für alle jugendlichen Mitglieder über 17 Jahren Klasse 1, c) für weibliche Mitglieder (Fabrikarbeiterinnen über 17 Jahre) Klasse 2, d) für männliche Mitglieder (Fabrikarbeiter) über 17 Jahre Klasse 3.

Der Antrag wird ebenso wie derjenige der Ortsgruppe Haan, der eine Abänderung des § 13 des Statuts herbeiführt und besagt: „Heimarbeit erhalten die für die nächste höhere Klasse vorgesehene Krankenunterstützung.“

Die Abstimmung findet der von 29 Ortsgruppen gestellte Antrag, die Karenzzeit beim Bezüge der Krankenunter-

stützung von sieben auf drei Tage herabzusetzen. Der gleiche einmütige Antrag: „Falls eine Herabsetzung der Karenzzeit nicht erfolgt, möge bereits nach Leistung von mindestens 26 Wochenbeiträgen Krankenunterstützung (wenn auch in geringerer Höhe) gewährt werden.“

Eine umfangreiche Debatte ruft der Antrag Öppingen hervor, der im zweiten Abschnitt besagt: „Als Arbeitslosigkeit ist auch die Verletzung der Arbeitszeit um mindestens 1 Tag pro Woche anzusehen, wenn diese Verletzung wenigstens ein Vierteljahr andauert.“

Stiefel-Lohber ist in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung überhaupt sehr pessimistisch und glaubt sogar, daß der Verband sich mit diesem Unterstützungswege eine Last auf die Schultern gelegt habe, an der er noch sehr schwer zu tragen haben werde.

Schiffers bittet, die Sache doch nicht allzu schwarz in schwarz zu malen. Man müsse jetzt zunächst einmal Erfahrungen und statistisches Material sammeln und dann werde sich ein weiteres Wort darüber sprechen lassen.

Somit ist das Beitrags- und Unterstützungsweises wie folgt geregelt:

Table with 7 columns: Beitragsklasse, Wöchentl. Beitrag, Wöchentl. Krankenzahlung, Wöchentl. Arbeitslosenunterstützung, etc. Rows I to VI.

Wohnraumunterstützung wird in Höhe des Krankengeldes für die Dauer von 4 Wochen gewährt.

Ein weiterer Antrag des Zentralvorstandes, der eine nähere Präzisierung des Reglements über die Sterbehilfeunterstützung enthält, findet Annahme.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Ortsgruppe Haan beantragt, die Beitragsklasse für die Heimarbeit auf die nächste höhere Klasse zu erhöhen.

Die süddeutschen Vertreter wünschen ebenfalls einen Vertreter im Zentralvorstand zu haben und als solchen den in der Sitzung anwesenden Kollegen Schmitt zu ernennen.

Hentmann-Düffelhoff, Penzig-Buchholt, Blanten nagel-Barren und Fischer-Wilhelmson.

Damit ist der Wunsch, einen evangelischen Kollegen und einen, der auch im Arbeitsverhältnis steht, im Zentralvorstand vertreten zu haben, erfüllt.

Zur den paritätischen Charakter des Verbandes wird auch Rücksicht genommen bei der Wahl der Kassenschriftführer. Es werden gewählt: Hermann Steinhilber, Kassier, Adolf R. Gladbach, Spielführer.

Die Ortsgruppe Rheine beantragt, als Tagungsort der nächsten Versammlung eine Stadt zu bestimmen, die mehr im Mittelpunkt des Landes liegt.

Annahme findet der Antrag, die Ortsgruppen und den Zentralvorstand: Die Ortsgruppen sollen aus der Beitragsklasse herausgelöst werden.

Dann folgt eine geschäftliche Sitzung, in der Kollege Böbling in einem persönlichen Gespräch über die Laufen der Delegierten berichtet.

Verträge müssen aber auch ihre Unabhängigkeit bewahren gegenüber den Konfessionen und den kirchlichen Behörden. Wenn es z. B. der evangelischen Kirche heute einfallen würde, ein Mitspracherecht über die Verträge auszuüben, dann könnte mit demselben Recht die katholische Kirche ein gleiches Verlangen stellen.

Der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften äußert sich über die Herabsetzung der Karenzzeit. Er betont, daß die sogenannte katholische Kirche indirekt Schäden bringe. Nicht absichtlich natürlich, nein, aber durch ihre Kämpfe gegen die christlichen Gewerkschaften wird das Ansehen der katholischen Kirche sehr geschädigt.

Die Ortsgruppe Haan dankt im Namen der Delegierten dem Zentralvorstande für die umfängliche Zeitung der Geschichte der Generalversammlung.

Der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften äußert sich über die Herabsetzung der Karenzzeit. Er betont, daß die sogenannte katholische Kirche indirekt Schäden bringe.

Ein Antrag des Zentralvorstandes, der eine nähere Präzisierung des Reglements über die Sterbehilfeunterstützung enthält, findet Annahme.

Zum Streit um „Jürid“.

Die Jürider internationale Konferenz war nicht als ein Kongreß gedacht zu dem Zwecke einer Einwirkung auf die Öffentlichkeit in diesen oder jenen Fragen. Innere Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften sollten vielmehr dort erörtert werden.

land als die „katholische“ zu bezeichnen pflegt, und der in diesem Falle besonders das Recht zur Kritik zugesprochen hätte, eine vornehmliche Zurückhaltung beobachtet; eine Ausnahme davon machten nur die Zeitungen, die von den Mitarbeitern der Berliner Sachabteilungen geschickt werden und in deren Jahresspendenliste stehen: „Der Arbeiter“, „Berlin“, „Trierische Landeszeitung“, „Neunkirchner Zeitung“, „Rhein- und Niederrhein-Zeitung“ etc.

Es hat mich eigentümlich berührt, daß dieselben Leute, die in Jürid eine solche trotzig Sprache gegen die Bischöfe gehalten haben, kurz nachher auf der Düsselbacher Katholikerversammlung als Lehrer der katholischen Arbeiter aufgetreten sind.

Die Bestärkung und Enttäuschung zugleich haben die Ausführungen der deutschen christlichen Gewerkschaftsführer auf der ersten christlichen internationalen christlichen Gewerkschaftskonferenz nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb der deutschen Grenzen hervorgerufen.

Die in angeführten Ausführungen gemacht wurden und in welchem Zusammenhang, geht aus dem in der letzten Nr. des „Zentralblattes“ veröffentlichten offiziellen Protokoll hervor.

Unlängst der letzten Reichstagswahl hat die Zentrumspartei in Bayern die Parole gegen die liberale Partei ausgegeben. Die Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg sprachen darüber öffentlich ihre Mißbilligung aus.

Die Ortsgruppe Haan dankt im Namen der Delegierten dem Zentralvorstande für die umfängliche Zeitung der Geschichte der Generalversammlung.

Der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften äußert sich über die Herabsetzung der Karenzzeit. Er betont, daß die sogenannte katholische Kirche indirekt Schäden bringe.

Sieber, Uffreda, des „Bayrischen Kurier“.

Im vorigen Jahre hat ein Wiener deutsch-nationaler Blatt Beschimpfungen über das allerhöchste Altarstuckament veröffentlicht und am zweiten Tage darauf hat der Fürst-Erzbischof von Wien mit sei Worten gegen die Beschimpfungen öffentlich zurückgewiesen.

Oberlich erloht haben, tut wohl, aber sie haben rechtlich verdient.

Vierte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Arbeiter und verw. Berufe. In den Tagen vom 20.-22. Sept. hielt der christl. Malerverband im Paulushaus zu Düsseldorf seine vierte Generalversammlung ab.

Aus gegnerischen Organisationen.

Auch ein Beitrag zur „Berliner“ Kampfwelt. In dem ersten Bericht über unseren Verbandtag in Nr. 33 unseres Organs ist ein furchtbarer Fehler gesehen worden.

Sehr hätten die Herren der evangelischen Gesellschaft keinen Vertreter erlitten, obwohl auch diese Herren eingeladen sind.

Es muß, wie auch jeder Leser sofort erkennen wird, heißen: konfessionelle Arbeitervereine heid. (lat.) und evangel. Richtungen.

Auch die „Berliner“ wissen, daß Kollege Schäfer nämlich in dem Sinne von konfessionellen Gewerkschaften gesprochen haben kann, aber nichts bestimmtes greifen sie den Herrn auf und suchen ihn Nr. 33 des „Arbeiter“ in ihrer Weise anzumachen.

Die Unabdingbarkeit der Sozialdemokratie wird wieder einmal treffend illustriert durch folgenden Vorgang. Die Verwaltung des juristischen Hoftheaters in Gera hatte sogenannte Arbeitervereine in Aussicht genommen und zwar zu einem minimalen Eintrittspreis.

Allgemeines aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Herr Gewerbeinspektor von Sachsen. Die Herren über die Arbeiter. Das Organ der deutschen Gewerkschaften bringt in Nr. 13 des 1. Heftes 1908 folgende Auszüge aus dem Bericht des

verbeamteten des Herzogtums Sachsen-Meiningen folgenden Artikel:

„Wenn den Arbeitern auch jedwede Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu gönnen ist und jeder Einseitigkeit desfalls ihr Streben nach Besserung, Arbeitzeitverkürzung und sozialer Selbstständigkeit verziehen wird, so trägt doch das Verhalten der Arbeiter selbst selbst viel Schuld, daß ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer seltener wird.“

Der Herr Gewerbeinspektor spricht zwar an einer Stelle von nur „einem Teile der Arbeiterschaft“, aber die Bitternisse sind doch so allgemein gegen die Arbeiter erhoben, daß wohl einige Worte zur Gegenwehr gesagt werden dürfen.

Es soll gar nicht geleugnet werden, daß in manchen Fällen die Arbeiter Schuld tragen an einem gespannten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, aber in hundert Fällen ist neuzugleich der Arbeitgeber bzw. der Vorgesetzte die Ursache. Das Hand in Hand arbeiten zwischen beiden wird vielfach unmöglich gemacht durch das schroffe, herrliche, nur auf das eigene Wohl bedachte Vorgehen der Fabrikanten.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Arbeitgeber und Wohnunggeber. Wie gefährlich es ist, wenn der Arbeitgeber auch zugleich der Wohnunggeber ist, zeigt ein lehrreicher Fall aus Waldau bei Rajel.

Heutzutage sind das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften nicht dadurch gefördert, daß diese sich in einer völlig einseitigen Art für die Arbeiter einsetzen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

„Ich würde herzlich bedauern, daß unsere die Fabrikation umschließenden Betriebe durch Verbände nicht geschützt wären.“

Es handelt sich hier um den christlichen Hilfs- und Krankenversicherungs-Verein. Den christlichen Gewerkschaften wurde in der Wohnung Angelegenheit die Arbeiter, welche sich haben und erklären, auf ihre Angelegenheiten verzichtet zu wollen, während ihnen andere unterworfen sind.

Aus Arbeitgeberkreisen.

„Ich würde herzlich bedauern, daß unsere die Fabrikation umschließenden Betriebe durch Verbände nicht geschützt wären.“

Aus Arbeitgeberkreisen.

„Ich würde herzlich bedauern, daß unsere die Fabrikation umschließenden Betriebe durch Verbände nicht geschützt wären.“

Aus Arbeitgeberkreisen.

„Ich würde herzlich bedauern, daß unsere die Fabrikation umschließenden Betriebe durch Verbände nicht geschützt wären.“

Zukunft nur noch eine vierzehntägige Kündigungsfrist für ihre Wohnung haben. Daß ein solches Vorgehen eine Saat der Erbitterung und des Hasses der gefährlichsten Art bedeutet, kann niemand bezweifeln.

Der Jahrestalender.

- Amern-St. Georg. 4. Okt., 5 Uhr, bei Ww. Klafen Generalversammlung, Bericht der Delegierten. Bergneuhof. 10. Okt., 8 1/2 Uhr, bei Bernhard Meurer (Meiner Saal), Generalversammlung.

Bilanz

Table with 2 columns: Item and Amount. Total: 4075,62.

Der Vorstand: Joh. Ross, Geschäftsführer. J. A. Friedr. Küppers, 1. Vorsitzender. Andr. Bilges, Schriftführer. (M. 5,60)

I. Agitationsbezirk (Krefeld).

Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags punkt 3 Uhr findet im Lokale des Herrn Carl Kläfer, Markt- und Kupferstraßen-Ecke, die diesjährige Bezirkskonferenz statt.

M.-Gladbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 11. Oktober hier selbst statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Delegiertenwahlen, sofern solche noch nicht getätigt worden sind, vorzunehmen.

Agitationsbezirk Württemberg.

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am 18. Okt. d. J. in Ulm im Lokal der christlichen Gewerkschaften (Herrenfelder) statt.

Bezirk Baden.

Die Bezirkskonferenz wird am 11. Oktober in der Bierhalle z. Greifen in Basel abgehalten. Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

IV. Agitationsbezirk (Barmen).

Sonntag, den 4. Oktober, morgens punkt 11 Uhr beginnt im Lokale des Herrn H. Daniels, Barmen, Schindlerstraße 21 unsere Bezirkskonferenz.

V. Agitationsbezirk (Westf. Münsterland).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am 4. Oktober in Bocholt im Saale des kath. Arbeitervereins statt. Anfang 10 1/2 Uhr.

VI. Agitationsbezirk (Münster).

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 4. Oktober in Emsdetten im Lokale der Wwe. Laumann statt.

VII. Bezirk (Bayern).

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 25. Oktober in Kaufbeuren statt. Die Ortsgruppen werden ersucht, nach § 40 des Statuts baldmöglichst die Delegiertenwahl vorzunehmen.

X. Agitationsbezirk (Mühlhausen i. S.).

Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 11. Oktober in Colmar statt. Lokal und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.

XI. Bezirk (Straßburg).

Die Ortsgruppen des Elsaß halten die diesjährige Bezirkskonferenz gemeinsam mit dem Bezirk Mühlhausen am 11. Oktober in Colmar ab.

XIII. Agitationsbezirk (Hüringen-Sachsen-Brandenburg).

Es finden folgende Herbstkonferenzen statt: Gau Oberlausitz: 4. Oktober, in Zittau, Gibauer-Bierhalle (Neueher Straße) nachm. 1 Uhr beginnend.

XIV. Bezirk (Schlesien).

Die Bezirkskonferenz für Schlesien findet nicht wie angegeben, am 11., sondern am 18. Oktober morgens 11 Uhr in Breslau, Cnerna's Hotel, Mauritiusplatz 4, statt.

Adressenänderung.

Unser schlesisches Sekretariat befindet sich ab 1. Oktober nicht mehr Neustadt D.-S. sondern Breslau VII, Mauritiusplatz Nr. 4. Telefon 10102.

Dülten.

Unsere Mitglieder mögen ihren eventl. Wohnungswechsel sofort bei den Vertrauensleuten melden, damit keine Unterbrechung in der Zustellung des Organs eintritt.

Literarisches.

Das „Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1909“, 3. Jahrgang, herausgegeben von Lic. Weber und Lic. Krumm, ist soeben erschienen.

Literarisches.

Das „Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1909“, 3. Jahrgang, herausgegeben von Lic. Weber und Lic. Krumm, ist soeben erschienen.